

Zweite Satzung zur Änderung der Studien- und Prüfungsordnung für die universitäre Schwerpunktbereichsprüfung (Universitätsprüfung) im Studiengang Rechtswissenschaft

Aufgrund von § 34 Absatz 1 Satz 3 des Landeshochschulgesetzes (LHG) vom 1.2.2005 (GBl. Seite 1) und § 26 Absatz 2 JAPrO vom 8.10.2002 (GBl. Nr. 12, Seite 399) hat der Senat der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg am 18. Oktober 2006 die nachstehende Änderung der Studien- und Prüfungsordnung vom 31. Oktober 2003 (Amtliche Bekanntmachungen Jahrgang 34, Nr. 48, Seiten 330 - 334 vom 7. November 2003), zuletzt geändert am 28. Oktober 2005 (Amtliche Bekanntmachungen Jahrgang 36, Nr. 51, Seiten 522 - 523 vom 31. Oktober 2005), beschlossen.

Der Rektor hat seine Zustimmung nach erfolgtem Einvernehmen des Justizministeriums am 22. November 2006 erteilt

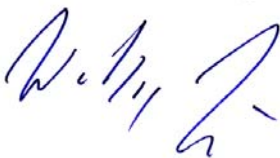
Artikel 1

1. In § 6 wird nach Absatz 3 folgender Absatz 4 neu angefügt:
„(4) Die Zulassung zu einem Schwerpunktbereich erlischt nicht durch Exmatrikulation auf Antrag der oder des Studierenden gemäß § 62 Absatz 1 Landeshochschulgesetz.“
2. In § 11 Absatz 4 wird das Wort „und“ durch das Wort „bis“ ersetzt.
3. In § 16 Absatz 2 wird das Wort „bestandene“ durch das Wort „bestandenen“ ersetzt.

Artikel 2 Inkrafttreten

Diese Änderungssatzung tritt mit Wirkung vom 1. Oktober 2006 in Kraft.

Freiburg, den 24. November 2006



Prof. Dr. Wolfgang Jäger
Rektor